

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Dezember 1975

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1975

Der Christ in der Spannung zwischen persönlicher Freiheit und Verantwortung für das Ganze*

Albrecht Martin, MdL

Wir leben in einer Zeit des Außergewöhnlichen; jedenfalls empfinden wir viele Ereignisse als ganz ungewöhnlich, vielleicht auch deshalb, weil es das Selbstbewußtsein stärkt, Zeuge nicht alltäglicher Vorkommnisse zu sein. Die berauschende Kraft des Neuen ist so stark, daß das noch nicht Dagewesene schlechthin als fortschrittlich erscheint, daß ein kritisches Betrachten des Neuen Verdacht erregt. Bislang gültige Maßstäbe werden belanglos, weil vor dem Neuen jedes Fragen, das Überkommenes für die Beurteilung heranzieht, bestenfalls als hoffnungslos veraltet, in vielen Fällen aber mit tödlicher Wirkung als rückschrittlich verurteilt wird. Erst allmählich bemerken wir, daß wir mitunter einen hohen Preis zahlen für einen maßlosen Fortschrittsglauben, der sich übrigens nicht auf das 19. Jahrhundert berufen sollte, weil er damals durch noch vorhandene Substanz am Ausufern gehindert wurde. Wir entdecken, daß der soziale Fortschritt, wie man ihn verstanden hat, ganze Gruppen hat liegen lassen, das Entstehen neuer Randgruppen nicht verhindert hat. Wir entdecken, daß die Auflösung verbindlicher ethischer Normen keineswegs mehr Freiheit gebracht hat, sondern in vielen Fällen mehr Not, ja daß wir in den Terroristen der radikalen Umkehr schlechthin aller Werte begegnen. Aber nur sehr zögernd beginnt man nach tieferen Ursachen zu fragen. Könnte es nicht sein, daß bei all diesem rasanten Fortschrittsbemühen ein Irrtum unterlaufen ist, daß nämlich der Mensch nicht mitmacht, weil er anders ist, aus anderen Kräften lebt

und sich um andere Ziele und Sinngebung müht, als viele Fortschrittsapostel uns glauben machen wollen? Könnte es nicht sein, daß er frei, aber nicht das Produkt emanzipatorischer Erziehung sein will, daß er soziale Sicherheit will, aber

Aus dem Inhalt

Der Christ in der Spannung zwischen persönlicher Freiheit und Verantwortung für das Ganze	1
Aus unserer Arbeit	5
Leserbriefe	6
Zum 20. Todestag von Robert Tillmanns	8
Aus christlicher Verantwortung zu praktischer Mitarbeit	9
Kai-Uwe von Hassel	
In eigener Sache	10
Buchbesprechungen	11

sich zunächst durch seine Arbeit ernähren will, daß er Verantwortung tragen und nicht nur durch gesellschaftliche Bindungen bestimmt sein will?

Erschwert wird das alles durch eine beispiellose und in den Folgen kaum zu überschätzende Verwilderung und Verwirrung unserer Sprache.

Gefährlich ist es auch, wenn wir zentrale Begriffe unseres politischen Denkens in ihrer Bedeutung verkürzen. Unmerklich fast haben wir uns daran gewöhnt, mit dem Wort Freiheit nur die Abwesenheit

von Zwang zu bezeichnen. Und so zählt auch die Formulierung des gestellten Themas der inhaltlichen Verkürzung des Begriffes Freiheit ihren Tribut. Denn wenn der Mensch in der Spannung zwischen Freiheit und Verantwortung steht, dann gehören Freiheit und Verantwortung offenbar zunächst einmal nicht zusammen, dann kann jedenfalls einmal der Versuch gemacht werden, Freiheit ohne Verantwortung zu denken. Ähnlich steht es um das Verhältnis von Person und Gemeinschaft, was immer wir darunter im Einzelfall verstehen. So werden wir uns bei Behandlung unseres Themas zunächst mit der Klärung der Begriffe beschäftigen müssen.

Unser C bedeutet Verpflichtung

Auf den ersten Blick, und für viele Zeitgenossen überhaupt, kann es als anmaßend erscheinen, wenn darüber nachgedacht wird, in welcher besonderen Weise sich den Christen die Frage nach Freiheit und Verantwortung stellt. Aber der heute viel beschworene Pluralismus muß es ja noch erlauben, daß Mitglieder und Freunde einer Partei, daß nachdenkliche Bürger über entscheidende Fragen auch unserer politischen Zukunft nachdenken im ganz bewußten Bezug auf den Glaubensgrund, der sie trägt. Die Unionsparteien haben das C in ihrem Namen immer als Verpflichtung verstanden, ihre politischen Entscheidungen am Ausspruch des Evangeliums zu orientieren. Das schützt nicht vor Irrtum und Versagen, aber es befreit auch dazu, sie zu sehen und nach immer neuen Wegen zu suchen; womit wir übrigens wieder bei der Freiheit wären.

Über die Freiheit des Glaubenden

Jeder von uns kennt zahlreiche Worte des Neuen Testaments, die dem an Christus Glaubenden Freiheit zusprechen. „So bestehet nun in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat“ ruft Paulus den Galatern zu. Auf den ersten Blick er-

scheint es gerade widersprüchlich, daß das Bekenntnis der ersten Gemeinde lautete: „Herr ist Christus“. Paulus nennt sich geradezu einen „Sklaven Christi“. Freiheit und Anerkennung des Herrn schließen sich also für den Christen des NT nicht aus, sondern das Bekenntnis „Herr ist Christus“ begründet die Freiheit des Glaubenden. Wie ist das möglich?

Das Bekenntnis zu Christus band den Einzelnen ganz unmittelbar und persönlich an den „Herrn aller Herren, den König der Könige“ und hob ihn damit aus allen Bindungen zu weniger mächtigen Gewalten, machte ihn persönlich frei. Paulus hat im Philemonbrief gezeigt, daß diese persönliche Freiheit grundsätzlich auch durch die Rechtsstellung des Sklaven nicht infrage gestellt werde, daß aber die Neubewertung des Menschen durch Christi Heilstat auch zur Änderung der tatsächlichen Verhältnisse, mindestens unter Christen, führen müsse. Der Wert des Menschen, der besondere Charakter seiner Persönlichkeit, beruht für das biblische Bild vom Menschen nicht auf der an sich gegebenen Einmaligkeit, sondern darauf, daß Gott diesen Menschen in ganz besonderer Weise innerhalb der Schöpfung herausgehoben hat und durch die Erlösung diese Nähe erneuert und bestätigt hat. Das alttestamentliche „Ich habe Dich bei Deinem Namen gerufen, Du bist mein“ begründet die Persönlichkeit des Menschen, wie der Glaube an den erhöhten Christus seine Freiheit. Die persönliche Freiheit des Christen ist also das Ergebnis der von Gott gesetzten und vom Menschen im Glauben begriffenen und ergriffenen Bindung an diesen Herrn.

An dieser Stelle müssen wir die andere Seite des Themas, die Frage der Verantwortung ins Spiel bringen. Denn die persönliche Freiheit des Christen unterscheidet sich vom Individualismus nicht nur durch die Bindung zu einem Herrn, sondern ebenso durch die Hinwendung zur Welt und zu den Mitmenschen. Freiheit der Person zeigt, ja verwirklicht sich in der Fähigkeit, Antwort zu geben, verantwortlich zu sein. Die Bibel sieht den Menschen von Anfang an nicht als den willenlosen Knecht, sondern als den Partner, mindestens den Gesprächspartner Gottes. Antwort muß der Mensch geben auf die Frage, was er denn mit dem ihm anvertrauten

Pfand, der Welt, gemacht habe, wie er denn dem hohen Wert des Mitmenschen als einem Kind Gottes in seinem — nicht zuletzt politischen — Handeln gerecht geworden sei. Christen mögen noch so oft diese Verantwortung nicht gesehen, gegen sie in schrecklichster Weise sich vergangen haben — es bleibt dabei, daß ohne diese Verantwortung kein Glaube glaubwürdig, keine persönliche Freiheit denkbar ist. Ja wir müssen sagen, daß nur im Wahrnehmen dieser Verantwortung sowohl Glaube wie persönliche Freiheit überhaupt greifbar werden.

Bisher haben wir von der Verantwortung für die Welt, für die Menschen gesprochen; was bedeutet das konkret, was bedeutet es politisch? Das Thema spricht von der Verantwortung für das Ganze, wählt also einen sehr wenig bestimmten Begriff. Sehe ich recht, so liegt in der Unbestimmtheit eine bestimmte Aussage. Denn sind nicht Anzeichen der Unregierbarkeit der demokratisch geordneten Industriestaaten, sind nicht viele höchst aktuelle Schwierigkeiten auch in unserem Land darauf zurückzuführen, daß man die Verantwortung für einen jeweiligen Teilbereich sehr deutlich sieht, aber sich um die anderen Teile sehr wenig kümmert. Ein Politiker findet leicht Zustimmung und Anhänger-schaft, wenn er dazu aufruft, die Verantwortung für die Wirtschaft, für die sozialen Randgruppen, für den Frieden, für die Resozialisierung der Strafgefangenen, für die 3. Welt usw. ernstzunehmen. Es liegt mir fern, irgendeines dieser Aufgabengebiete abzuwerten oder unsere Verantwortung dafür gering einzuschätzen. Vielmehr geht es mir um die Tatsache, daß wir — auch und gerade als Politiker — oft in der Gefahr sind, unsere Verantwortung für einen Bereich so in den Vordergrund zu schieben, daß andere Verantwortlichkeiten zu kurz kommen.

Unsere Verantwortung für das Ganze

Wir alle wissen, daß die Diskussion der Frage, wie man konkret die Verantwortung für das Ganze als Christ wahrzunehmen habe,

sich in der evangelischen Kirche nicht nur an der Problematik aktueller Fragen entzündet hat.

Das Ringen um die Antwort auf die Frage „Wie nehme ich als ein in Christus Gebundener und dadurch Befreiter die Verantwortung wahr?“ ist eines der erregendsten Themen der Kirchengeschichte und bildet ein wichtiges Kapitel der abendländischen Geschichte. Wir können ihm hier nicht nachgehen.

Aber kurz sei das Problem an zwei Fragenkomplexen angesprochen, die heute durchaus aktuell sind und von denen ich bekennen muß, daß mir die Spannung zwischen der Freiheit des Glaubensgehorsams und der Verantwortung für das Ganze in meinem eigenen politischen Handeln immer neu Not macht.

1. Wir erinnern uns, daß die Diskussion um die Bildung und Rüstung der Bundeswehr nicht nur im politischen Raum geführt wurde, sondern unsere evangelische Kirche bis an die Grenze des Auseinanderbrechens führte. Wie ist das Friedensgebot Christi zu erfüllen, so daß nicht nur ich gehorsam bleibe, sondern daß auch mein Nachbar die Freiheit behält, in Frieden leben zu können? Ich weiß sehr wohl, daß der Christ nicht fragen darf, ob der Gehorsam ihn in Gefahr bringe — aber darf ich die Entscheidung, notfalls bereit zum Martyrium zu sein, auch für den Nachbarn fällen? Gewiß, es ist eine große Aufgabe des Christen, durch sein Verhalten der Welt das Beispiel, das Zeugnis der neuen Welt zu geben, — aber darf der Politiker das einem ganzen Volk zumuten? Und es stimmt ja einfach nicht, daß es nur des Beispiels radikaler Friedensliebe bedürfe, um zum Weltfrieden zu kommen. Oder glaubt jemand im Ernst, die 23 000 Panzer auf östlicher Seite stünden bereit aus Furcht und Sorge vor den 6 000 Panzern des Westens? Aus der Verantwortung für die persönliche Freiheit des Einzelnen, die ja auch und in besonderem Maße die Freiheit seines Gewissens ist, sichert unser Staat die Freiheit des Kriegsdienstverweigerers. Wer dieses Recht wahrnimmt, der wird gewiß im Ersatzdienst Gutes leisten, aber er muß sich vor Augen halten, daß er selbst dieses nur tun kann, weil ein anderer Wehrdienst leistet und damit den Freiraum absichert gegen einen möglichen Gegner, der sol-

che Freiheitsrechte nicht einräumt. Ich meine, daß die Radikalität des Anspruches des Evangeliums uns nicht erlaubt, die Dinge einfach zu sehen, sondern uns im Gegenteil verpflichtet, die Probleme sehr sorgfältig zu prüfen. Die uns als Worte Jesu überlieferten Weisungen in den Evangelien setzen ja eine sehr differenzierte Prüfung der konkreten Situation voraus — in den differenzierten Verhältnissen der modernen Welt können wir uns die Prüfung noch weniger schenken.

2. Während des Kirchentages in Frankfurt wurde bei einer Podiumsdiskussion die Frage gestellt, warum die evangelischen Christen in der CDU/CSU sich als reformerischer Flügel nicht durchsetzen könnten. Nun verrät schon diese Frage eine erschütternde Unkenntnis der letzten zwei Jahrzehnte, denn die Koalition von SPD und FDP hat seit 1969 keine einzige Reform durchgeführt, die sich mit den großen Reformwerken Soziale Marktwirtschaft, dynamische Rente, Vermögensbildung messen könnte, und die oft gepriesene Neuorientierung der deutschen Ostpolitik besteht für mich darin, daß die deutsche Seite das von Gerhard Schröder seinerzeit vorsichtig abtastend eingeleitete Spiel so weiterführt, daß die andere Seite einen Stich nach dem anderen gewinnt. Aber die Frage des Kirchentags-Teilnehmers hat tiefere Bedeutung. Von der Sucht nach Neuerung sprachen wir schon, die jedes Neue schlechthin schon als Reform betrachtet. Sehe ich recht, so hat die Bereitschaft zur Veränderung beim Christen zwei Wurzeln. Einmal fördert die Befreiung von den Mächten der Welt diese Bereitschaft zur Veränderung, andererseits kann sie auch zu einer so starken Relativierung des Bestehenden führen, daß die überkommene Ordnung gleichgültig wird. Ganz gewiß sind Ordnungen des Staates, der Gesellschaft, des Rechtes vor dem Anspruch Gottes ihrer Letztgültigkeit entkleidet; aber sind sie darum gleichgültig? Natürlich weiß ich, daß auch unter dem Zwang der Unfreiheit, unter der kommunistischen Diktatur sich Freiheit des Christen bewähren kann; aber enthebt mich das der Pflicht, alles zu tun, um solche Unfreiheit abzuwehren? Gewiß sind die Freiheitsrechte, wie unsere Verfassung sie gewährleistet, keine letzten Werte,

aber es sind doch Werte von hohem Rang, für die sich einzusetzen lohnt.

Oder ist man der Meinung, daß die kommunistische Welt ein höheres Maß an menschlicher Freiheit gewähre als der Staat der parlamentarischen Demokratie mit seinen auch bestehenden mancherlei Abhängigkeiten und Unvollkommenheiten? Es gehört zu den rätselhaften Gegebenheiten, daß Glieder der Gemeinde in ihrer berechtigten Kritik an Verletzungen der Freiheit im demokratischen Westen blind werden gegenüber der prinzipiellen und organisierten Unfreiheit des Kommunismus. Auch hier hat die Sprachverwirrung schon erschreckende Ergebnisse gebracht. Freiheit als Einsicht in die historische Notwendigkeit ist etwas radikal anderes als die Freiheit, die an die Verantwortlichkeit appelliert. Uns trennen nicht unterschiedliche gesellschaftliche Systeme, sondern uns trennt das Bild vom Menschen, der entweder die Chance zur Verantwortung hat, oder in die historische Notwendigkeit eingespannt ist. Nur um diese Frage geht es, und wir sollten wachsam sein gegenüber Kräften auch in unserer Gesellschaft, die mit dieser oder jener scheinbar einleuchtenden Begründung die persönliche Verantwortlichkeit des Menschen und damit seine Freiheit einengen wollen.

Gemeinsame ethische Grundsätze

Die Spannung zwischen persönlicher Freiheit und Verantwortung für das Ganze muß in dem Augenblick eine neue Dimension erhalten, in dem es keine von allen Gliedern einer Gemeinschaft anerkannten Grundlagen der Ordnung mehr gibt. Vor dieser, besser in dieser Lage sind wir. Wir nennen diese geistige Situation Pluralismus. Oft bezeichnet man damit die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und

Interessen, ihre oft unvereinbar gegeneinanderlaufenden Absichten und Ziele. Das alles macht heute viel Mühe und oft auch Not, wie schon angedeutet wurde. Aber die Rivalitäten der Gruppen sind so lange harmlos, als die Gruppen durch weitgehend übereinstimmende Grundüberzeugungen verbunden sind. Die Väter des Grundgesetzes konnten sich — über die Grenzen der Parteien hinweg — von gemeinsam anerkannten ethischen Grundsätzen getragen wissen. Daß menschliches Leben unbedingt zu schützen sei, was menschliches Leben sei, daß Gewaltanwendung nicht erlaubt sei, daß Ehe und Familie zu schützen seien, das war in ganz erheblichem Ausmaß gemeinsame Überzeugung. Es war eben sehr wohl begründet, daß die Präambel des Grundsatzes die politische Grundlegung unseres Staates unter die Verantwortung vor Gott stellte. Die Formulierung der Präambel wäre heute wohl ebenso unmöglich, wie es heute unmöglich geworden ist, sich über entscheidende Grundlagen zu einigen. Wir sind uns nur noch darin einig, daß wir uns nicht mehr einig sind; die einmal von fast allen anerkannten Bezugspunkte, eine Vor-

aussetzung für gemeinsam gesehene Verantwortung, sind aus dem Blick verschwunden.

Daher müssen wir erneut nach der Verantwortung des Christen für das Ganze fragen, denn wir wissen ja nicht nur um die Weltlichkeit der Welt, sondern haben es ernst zu nehmen, daß die Mehrheit auch in unserem Volk Ordnungen nicht deshalb festhält, weil sie z. B. von der christlichen Ethik geprägt sind. Darf man, selbst wenn Mehrheiten es erlauben, Gesetze verabschieden, die z. B. das biblische Menschenbild voraussetzen? Trete ich damit nicht der Freiheit des Menschen mit anderen Überzeugungen zu nahe? Darf ich durch Gesetze einen anderen hindern zu „sündigen“, wenn dieser andere sein Tun keineswegs als Unrecht empfindet, sondern als sein „gutes Recht“? Ich meine, daß diese Frage nur beantwortet werden kann im Aushalten der Spannung, von der unser Thema ausgeht. Bedroht die Wahrnehmung eines Rechtes eine Ordnung des Ganzen, die ja wieder die Voraussetzung meiner persönlichen Freiheit ist, so darf sie nicht durchgesetzt werden. Ein zu wenig beachteter Gesichtspunkt dabei ist die Frage nach den Folgen für unser Rechtsdenken. Es ist eben eine immer neu bestätigte Erfahrung, daß kein Halten ist, wenn bestimmte Schranken einmal eingerissen sind. Emanzipation ist eben Befreiung zum Bewahren in der Rechtsordnung und nicht Befreiung von der Rechtsordnung.

Persönliche Freiheit und Verantwortung für das Ganze — beide Forderungen gilt es jeweils zu sehen, nicht in der Addition, so als träte die Verantwortung zur persönlichen Freiheit hinzu, sondern in der gegenseitigen Bedingtheit: Persönliche Freiheit bewährt sich in der Verantwortung für das Ganze, die Ordnung des Ganzen sichert die Freiheit des Einzelnen. Diese Freiheit erst hebt das „Ganze“ aus der Masse zur Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft in den Gemeinden, im Staat und in überstaatlichen Organisationen zu ordnen, ihr Weg und Ziel zu setzen, heißt politisches Handeln. In der Demokratie ist das Aufgabe aller Bürger, keineswegs nur der Politiker.

So sind wir aufgefordert, Antwort zu geben, wie wir unsere Freiheit verwirklichen, wie wir unsere Verantwortung begreifen, unter welchem Bezugspunkt wir unser Handeln verstehen. Als freie Menschen wissen wir um die Möglichkeit des Irrtums, wissen auch, daß wir nur Antwort geben können, weil Gottes Zuspruch uns Pflicht und Recht dazu gab. Aus dieser Freiheit versuchte dieser Vortrag Fragen zu stellen und Antworten anzudeuten.

* Zu diesem Thema sprach Albrecht Martin auf der Mitte September '75 in Baden-Baden stattgefundenen EAK-Regionaltagung Süd. Der hier veröffentlichte Artikel gibt sein Referat — in leicht gekürzter Form — wieder.

20. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

5. bis 7. März 1976
Stuttgart, Liederhalle

Wir bitten um Vormerkung dieses Termines — die Zusendung der Einladung erfolgt rechtzeitig an alle Leser der Evangelischen Verantwortung. Weisen Sie bitte jetzt schon auf diese Veranstaltung in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis hin.

Aus unserer Arbeit

Salzgitter: In Fortführung einer bereits begonnenen Veranstaltungsreihe veranstaltete der Evangelische Arbeitskreis der CDU Salzgitter am 7. November 1975 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Was soll aus unseren Kindergärten werden“. Vor ca. 350 interessierten Teilnehmern hielt der Freiburger Wissenschaftler Professor Dr. Hans-Herbert Deißler das Hauptreferat. In seinem Vortrag setzte sich der Pädagoge leidenschaftlich für die Beibehaltung der Kinder bis zu sechs Jahren im Kindergarten ein. Er warnte vor einer frühzeitlichen Überforderung der Kinder. Mit fünf Jahren würden die Kleinen dem spielerischen und spontan-kreativen Umgang mit der Welt entrissen, ehe sie zur Lernpflicht und allem, was damit zusammenhängt, fähig seien. Denn schon im Wechsel von der Familie in den Kindergarten lägen Übergangsprobleme. Auf alle Fälle seien Brüche der frühkindlichen Bildung beim Wechsel in die Institutionen zu vermeiden. Das Spiel in jeglicher Form sei die fundamentale Form des Lernens in der Familie und im Kindergarten. Wenn Kinder nicht durch ihre Neugier, ihre Erkundungslust und ihren Spieltrieb die Lernprozesse steuern dürfen, sondern die Erwachsenen ihnen dauernd Lernaufgaben nach ihren Vorstellungen zumuten, wenn sie die Erwartungen physisch und psychisch nicht zu erfüllen vermögen und sie deshalb bei ihren Erziehern weniger gelten, kommen sie in Zwangslagen, die aufs ganze Leben wirken.

An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an, an der Horst Horrmann, MdL, Stadtrat Dr. Kottke, staatlicher Schulrat Bramer und Frau Schulte vom evangelischen Landesverband für Kinderpflege Diskussionspartner waren. CDU-Kreisvorsitzender Helmut Sauer MdB, dankte dem Vorsitzenden des EAK Salzgitter, Ernst von Essen, für die Initiative dieses Forums.

Warschau/Bonn: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat – vertreten durch den Leiter der Hermann-Ehlers-Akademie Kiel Dr. Walter Bernhardt – auf Einladung

des Polnischen Ökumenischen Rates an einem Symposium über die deutsch-polnischen Beziehungen teilgenommen, das vom 13.–15. Oktober 1975 in Warschau stattfand.

Kronach: Im Mittelpunkt des Bezirkstreffens des Evangelischen Arbeitskreises der CSU Oberfranken stand das Referat des Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden des EAK, Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger „Die geistige Auseinandersetzung unserer Zeit“. Nach einem Abriß der geistesgeschichtlichen Entwicklung des letzten Jahrhunderts führte Dr. Dollinger aus, daß man bei der Betrachtung der geistigen Auseinandersetzung der heutigen Zeit die Kirchen nicht auslassen dürfe. Im kirchlichen Bereich, so sagte er, gibt es oft Entwicklungen, die die Probleme der Zeit nicht auffangen. Das Feld der öffentlich-kirchlichen Veranstaltungen kann nicht irgendwelchen Gruppen überlassen werden. Die Kirche muß in politischen Fragen eine klare Aussage treffen und eine deutliche Sprache finden. Im politischen Bereich liefen sehr viele Fragen auf die Auseinandersetzung mit dem christlichen Gewissen zu. Dr. Dollinger erklärte weiter, daß das „C“ im Parteinamen eine ganz besondere Verpflichtung habe. Bei der politischen Arbeit gehe es vor allem um den Menschen, der im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen müsse. Man solle den Mut haben, die Wahrheit zu sagen und gleichzeitig auch bereit sein, vielleicht unbequeme Entscheidungen zu treffen.

Anschließend sprach der Bezirksvorsitzende des EAK der CSU Oberfranken, Franz-Dieter Bley, über die Aufgaben und Ziele des Evangelischen Arbeitskreises, wobei er dazu aufrief, die Verständigung zwischen kirchlichen Repräsentanten und politischen Führungskräften zu fördern und auch der Jugend die Möglichkeit zu geben, durch kritische Fragen eine offene Klärung der sie bewegenden Probleme durch fundierte Aussprachemöglichkeiten herbeizuführen.

Köln: Auf der Jahresversammlung des EAK der CDU Köln sprach EAK-Landesvorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL. Bei der anschließenden Neuwahl des EAK-Vorstandes Köln wurde Lutz Bergemann

zum 1. Vorsitzenden gewählt, Hans-Gerhard Willing, der 12 Jahre Vorsitzender des EAK Köln war, hatte nicht mehr kandidiert. Der Evangelische Arbeitskreis dankt Herrn Willing für seine langjährige aufopferungsvolle Tätigkeit.

Erftstadt: Auf einer Veranstaltung des EAK der CDU Erftkreis, die in Erftstadt-Lechenich stattfand, wurde Wolfgang Grabmann zum EAK-Kreisvorsitzenden gewählt; zu seinem Stellvertreter wählte die Versammlung EAK-Landesgeschäftsführer Rolf Wollziefer.

Neben den Wahlen stand ein Referat des EAK-Landesvorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, zum Thema „Evangelische Verantwortung in der Krise“ im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Bonn: Zu Gesprächen und Diskussionen trafen Ende November in Bonn Vertreter des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowohl mit dem Leiterkreis der Evangelischen Akademie in Deutschland als auch mit der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen zusammen.

An den Gesprächen nahmen u. a. teil: Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel MdB, Pfarrer Manfred Schmidt MdB, Hans-Adolf de Terra MdB, Dr. Georg Göltner MdB, Dr. Peter Egen, Dr. Volkmar Köhler MdB, Dr. Jürgen G. Todenhöfer MdB, Ursula Benedix MdB, Dr. Albert Probst MdB, Adolf Müller (Remscheid) MdB und Rechtsanwältin Modersohn, Mitglied des Bundesvorstandes der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.

Neben allgemeinen politischen Fragen wurden Probleme aus dem Bereich der Entwicklungspolitik, der beruflichen Bildung sowie der Aufgabenstellung des Evangelischen Arbeitskreises behandelt.

Leer: Ist Sterbehilfe eine strafbare Handlung oder eine solidarische Begleitung in den letzten Tagen? Mit dieser Frage wurde eine Podiumsdiskussion des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Leer eingeleitet. Damit wurde die Aufmerksamkeit auf einen Fragenkomplex gelenkt, der in unserer Zeit mit dem medizinisch-technischen Fortschritt einhergeht und zunehmend drängender wird.

Die außerordentlich gut besuchte Versammlung unter der Gesprächsleitung von Dr. Wilhelm Wübbena zeigte auf: Die Problematik ist weit-

hin bekannt; es wird nach Lösungen in einer Situation gesucht, die Grenzsituation im wahrsten Wortsinne ist. Es geht um Fragen wie diese: Darf oder muß das menschliche Leben unter allen Umständen solange wie möglich erhalten werden? Oder ist es geboten, von Fall zu Fall anders zu entscheiden? Und wer kann, darf oder muß solche Entscheidung treffen?

Der Film „Sterbehilfe — Mord oder Möglichkeit“ und drei Kurzreferate führten in die Thematik ein: Der Arzt Dr. Dohrn, der Theologe Uwe Höppner und der Jurist Jan de Vries gaben je aus ihrer Sicht hilfreiche Beiträge, so u. a.:

Der Arzt hat nicht nur das Mögliche, sondern auch das Sinnvolle zu bedenken. Nicht alles, was möglich ist, kann als erlaubt gelten. In der Pflichtenkonfliktsituation stellt sich die Gewissensfrage (Dr. Dohrn).

Der Fortschritt ist fähig, das Leben zu verlängern, aber das Sterben macht er unmenschlicher. Trotzdem: Aktive Sterbehilfe kommt einem Urteil über Wert und Unwert gleich. Sie ist zu verwerfen.

Aber Leben muß nicht um jeden Preis verlängert werden (Pastor Höppner).

Der Gesetzgeber muß dem Arzt ermöglichen, nach seiner Standesehtik handeln zu können (Rechtsanwalt de Vries).

Das Ergebnis der Aussprache läßt sich in dem Satz zusammenfassen: Sterbehilfe ist nicht Pflicht oder Privileg von Arzt und Seelsorger allein; Sterbehilfe geht alle an.

Bonn: Mit Nachdruck widersprochen hat der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, der von dem Referenten für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand, Rüdiger Reitz, auf der Jahrestagung der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ aufgestellten Behauptung, wonach die Elemente der christlich-sozialen Bewegung in der CDU/CSU zurückgedrängt worden seien. Egen erklärte in Bonn gegenüber dem Evangelischen Pressedienst, daß sich unschwer nachweisen lasse,

wie sehr auch heute noch die geistige Situation in weiten Teilbereichen der christlichen Demokraten sowohl von der evangelischen Sozialethik als auch der katholischen Soziallehre geprägt sei. Demgegenüber habe die SPD nicht die Wende vom Marxismus zum demokratischen Sozialismus in ganzer Breite vollzogen. Eine Fülle der zum Mannheimer Parteitag der SPD eingebrachten Anträge bewiese „unverkennbar marxistisches Gedankengut aus der Klamottenkiste des vergangenen Jahrhunderts“.

Wesel: Über „Ziele und Aufgaben des EAK“ sprach auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises in Wesel unter Vorsitz von Dr. Dieter Beisecker EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen.

An das Referat schloß sich eine intensive Aussprache an, in der insbesondere jenen Fragen nachgegangen wurde, die sich mit einer verstärkten Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises in den vorpolitischen Raum hinein beschäftigten.

Leser-Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Über die Probleme und Schwierigkeiten, die sich aus der Einführung der Zeitzahlung im Telefonortsverkehr ergeben, hat uns Frau Irmgard Rumpf, 75 Karlsruhe 41, Elsa-Brandström-Straße 21, eine ausführliche Argumentation zugesandt, aus der wir gekürzt einige wichtige Gedanken bringen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der ausführliche Wortlaut bei Frau Rumpf in Karlsruhe angefordert werden kann.

1. Für einen festen Tarif beliebig lange Ortsgespräche führen zu können, war seit Einführung des Telefons bis zur Gegenwart, unabhängig

von Inflationen und politischen Veränderungen, das konstante Grundprinzip. Wenn diese entscheidende Barriere erst einmal durchbrochen und die Zeitzahlung überhaupt — einerlei zu welchem Preis — eingeführt ist, wird der Ortsverkehr einer im weiteren Verlauf mühelos durchführbaren beliebigen Verteuerung schutzlos ausgeliefert.

2. Während die Bundesregierung ein einschneidendes Sparprogramm zur Rettung der öffentlichen Finanzen und des Geldwertes verkündet und den Bürgern höhere Steuern und andere Opfer abverlangt, plant die Bundespost gleichzeitig eine 1,6-Milliarden-Ausgabe, die zu einer Lähmung der Telefonseelsorge führt und in den Städten das Telefon in seiner Funktion als wertvolles Kommunikationsmittel für Alte und Einsame weitgehend unbrauchbar macht.

3. Man kann den Plan einer Einführung der Zeitzahlung für Ortsgespräche geradezu als sozialpolitisch verantwortungslos charakterisieren.

Hinzugefügt werden muß auch, daß sich der Kreis der in diesem Sinne Betroffenen noch dadurch erheblich vergrößert, daß man die

prophylaktische Wirkung in Rechnung stellen muß. Wieviele Krisen werden durch ein Telefongespräch bei noch gesunden Menschen verhindert?

4. Die Einführung der Zeitzahlung für Ortsgespräche schadet nicht nur den finanziell Schwachen, zu denen die psychisch Gefährdeten und Einsamen zu einem großen Teil zählen. Sie würde auch bei den besser situierten Schichten eine nachhaltig abschreckende Wirkung auf den Gebrauch des Telefons als zwischenmenschliches Kommunikationsmittel entfalten (die hemmende Wirkung des auf-die-Uhr-schauens) und somit das Telefon als Hilfe gegen menschliche Nöte aller Art weitgehend unwirksam machen.

5. Im Plan der Bundespost wird eine Tendenz deutlich, die auch auf anderen Gebieten zu beobachten ist, und die sich etwa folgendermaßen charakterisieren läßt:

Auf der einen Seite versuchen der Staat und andere Körperschaften unter Einsatz von Milliarden verzweifelt — und weitgehend vergeblich — die zunehmende körperliche, seelische und soziale Erkrankung unserer Gesellschaft in ihren Symptomen zu bekämpfen. Gleich-

zeitig aber verzichtet derselbe Staat nicht nur weitgehend auf eine wirksame Ursachenbekämpfung, sondern plant wie im Beispiel der hier diskutierten Neuordnung auch noch Maßnahmen, die die Ursachen dieser zunehmenden Erkrankung verschärfen.

6. Speziell die CDU müßte sich dieses Problems annehmen.

Als erste Bewährungsprobe in Bezug auf die politische Konkretisierung der „Neuen Sozialen Frage“ ergibt sich für die CDU die Aufgabe einer wirksamen parlamentarischen Opposition gegen diesen unsozialen Plan der Bundespost.

Zu dem Artikel „Evangelische Studentengemeinde Köln – Einseitigkeit und ihre Folgen“ (EV 10–11/75) erhielten wir von Arnulf Borsche, CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag und stellvertretender Landesvorsitzender des EAK-Hessen, folgenden Leserbrief:

Im Heft 10–11/1975 Ihrer Publikation „Evangelische Verantwortung“ setzen Sie sich ausführlich mit der politisch einseitigen Orientierung der Evangelischen Studentengemeinde in Köln auseinander. Im Zusammenhang damit möchte ich Sie darauf hinweisen, daß die ESG Köln kein Einzelbeispiel darstellt.

Auch die ESG in Frankfurt ist in der Vergangenheit stark ins Zwielicht geraten und war Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Insbesondere während des Jahres 1974, aber auch 1975, haben im Studentenhaus der ESG, dem Dietrich-Bonhoeffer-Haus, viele Veranstaltungen stattgefunden, die den Verdacht aufkommen ließen, daß hier die Prioritäten bei politischer Aktivität und nicht bei seelsorgerischer Tätigkeit liegen.

In einer langen Auflistung in einem ausführlichen Gespräch mit der evangelischen Kirchenleitung habe ich auf diese Zusammenhänge hingewiesen und deutlich gemacht, daß es der Öffentlichkeit schwer verständlich erscheine, daß sich ein von der evangelischen Kirche getragenes Studentenhaus durch Gewährung von Gastrecht an extremistische Gruppierungen dem Verdacht aussetzen kann, Verfassungsfeinden direkt oder indirekt Unterstützung zu gewähren. Nachstehend führe ich einige der Beispiele an:

In der Neujahrsnacht 1974 sind mehr als 100 junge Menschen vor das Haus der ESG getreten und haben die Internationale gesungen. Die Polizei der Stadt Frankfurt hat Hinweise darauf, daß die Demonstration der iranischen Studenten-Konföderation (CISNU) Anfang Januar 1974, bei der es zu Gewalttätigkeiten kam, bezüglich der Taktik der Demonstranten auch im Dietrich-Bonhoeffer-Haus vorbereitet worden ist.

Die Psychologen-Initiativ-Gruppe (PIG) der Frankfurter Universität, hinter der der KBW steht, tagte regelmäßig im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der ESG Frankfurt und wies darauf in Flugblättern hin, die sich unter anderem auch mit der Gewaltanwendung gegen Professoren (z. B. Sprengung der Engels-Vorlesung) identifizieren. Auch der KSB hat wiederholt zu Veranstaltungen im Dietrich-Bonhoeffer-Haus durch Flugblätter eingeladen. Schülergruppen, die gegen den Frankfurter Verkehrsverbund demonstrieren wollten und zur Bildung von Schwarzfahrerclubs auf den öffentlichen Verkehrsmitteln aufrufen, haben nach mir vorliegenden Flugblättern im Dietrich-Bonhoeffer-Haus regelmäßige Veranstaltungen abgehalten. Im Frankfurter Westend, in dem sich das Haus der ESG befindet, wurde mit Plakaten für eine Benefiz-Veranstaltung im Dietrich-Bonhoeffer-Haus zugunsten „politischer Gefangener in der BRD“ geworben. Als Veranstalter traten auf die hinlänglich bekannte „Rote Hilfe“ und ein „Komitee gegen die Folter“. Der „Häuserat“, der mit Hausbesetzungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Frankfurter Polizei traurige Berühmtheit erlangt hat, hat das Dietrich-Bonhoeffer-Haus als Informationszentrum und Annahmestelle für Sachspenden zu seinen Gunsten angegeben. In der „Häuseratszeitung“ ist eine Presseerklärung der ESG, unterzeichnet von zwei Studentenpfarrern, abgedruckt, mit der einseitig für die Hausbesetzer Partei ergriffen wird. Im Dezember 1974 veröffentlichte eine große Frankfurter Tageszeitung eine Meldung, wonach das Chile-Komitee im Dietrich-Bonhoeffer-Haus residiert. Diese Meldung wurde nie demontiert. Im April 1975 schließlich wurde zu einer Veranstaltung im Dietrich-Bonhoeffer-Haus mit einem Flugblatt eingeladen, in dem unser Staat als „Klassenstaat“ qualifiziert

wurde und das die Feststellung enthielt „Rebellion ist gerechtfertigt“.

Anhand dieser langen Aufzählung, die sicher noch fortzusetzen wäre, ist eindeutig, daß die ESG Frankfurt auch zu denjenigen evangelischen Studentengemeinden gehört, die sich einer höchst einseitigen politischen Tätigkeit verschrieben haben. Diese Entwicklungen bedürfen unserer vollen Aufmerksamkeit.

Arnulf Borsche MdL
6 Frankfurt 90, Lilienthalallee 19

Daß die Regionaltagung Süd des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU – über die wir in der letzten Ausgabe der Evangelischen Verantwortung ausführlich berichteten – eine gute Resonanz gefunden und eine rege Diskussion angefaßt hat, zeigt der folgende Leserbrief, der sich noch einmal mit den Problemen beschäftigt, die im Arbeitskreis I – „Gesundheitsvorsorge – Bewährungsprobe unserer eigenen Verantwortung“ – abgehandelt wurden.

Mit großem Erstaunen habe ich einen Vertreter der organisierten Ärzteschaft auf dem Podium vermißt. Eine so wichtige Gruppe, die sich intensiv und verantwortungsvoll seit Jahren mit gesundheitspolitischen Fragen befaßt, gehört einfach in den Gesprächskreis. Es erscheint mir bedenklich, daß im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion die gesetzlichen Vorsorgeuntersuchungen standen.

Die Wurzeln der zunehmenden Morbidität (Krankheit) wurden leider in der erst zu spät und zu kurz gekommenen Publikumsdiskussion angerissen. Besonder Zustimmung beim Publikum fanden folgende Anregungen:

a) Sozial gestaffelte Kostenbeteiligung des Patienten im ambulanten Bereich der Krankenversorgung.

b) Weg von dem Gedanken der staatlichen Gesundheitsgarantie für alle. Zurück zur persönlichen Verantwortung des einzelnen für seine Gesundheit. Wahl der Versicherungsmöglichkeit wie z. B. bei der privaten Krankenversicherung und Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung.

c) Verbot von Werbung für gesundheitsschädigende Genußmittel wie Alkohol und Nikotin (letzteres wurde nicht einmal von der Bericht-

erstatte, Frau Dr. Neumeister, erwähnt, obwohl dieser Vorschlag beim Publikum breite Zustimmung fand).

d) Die Entwurzelung des Menschen aus der Religion, Familie und positiver Autorität durch gewach-

sene gesellschaftliche Kräfte, bringe eine Flucht in die „körperliche Krankheit“, also auch Gesellschaftspolitik als Gesundheitsvorsorge.

e) Die zunehmend ungesunde Lebensweise durch mangelnde körperliche Belastung, Überernährung

und Genußmittel, bei unzureichender Aufklärung durch Massenmedien und z. B. auch den Biologieunterricht.

Dr. med. Wulf Rothenbacher
6252 Diez, Rosenstraße 7

Zum 20. Todestag von Robert Tillmanns

Am Mittwoch, dem 12. November 1975, jährte sich der 20. Todestag des ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Robert Tillmanns. Mit ihm verlor die Union mehr als nur ihren Stellvertreter: Ein Mann von großer persönlicher Integrität – ein unerschrockener Vertreter gegen den Machtanspruch totalitärer Systeme wurde den Unionsparteien genommen. Sein Lebensweg stand von frühester Jugend an unter einer vom Glauben her klar geprägten sozialen Verantwortung.

Im Jahre 1896 in Barmen-Wupperfeld geboren, verbrachte er seine gesamte Jugendzeit in Wuppertal – später dann wurde Berlin nicht nur sein Wohnsitz, sondern ein Bestandteil seines Lebens und seiner politischen Aufgabe. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus – als Mitglied der Bekenntnenden Kirche – verbrachte er, nachdem er 1933 aus dem Staatsdienst ausscheiden mußte, die Zeit des Dritten Reiches, um 1945 auf Initiative von Probst Heinrich Grüber für Berlin und die sowjetische Besatzungszone das Hilfswerk der evangelischen Kirche aufzubauen. So konnte er seine in den zwanziger Jahren gesammelten Erfahrungen als Mitgründer des deutschen Studentenwerkes im organisatorischen sozialen Bereich voll zur Geltung bringen. 1945 gründete er zusammen mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer die Berliner CDU; seit 1949 gehörte er für diese Stadt dem ersten Deutschen Bundestag an. Als Befürworter der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft trat Tillmanns als profilierter Protestant in scharfen Gegensatz zu der Gruppe um Heinemann, Niemöller und Eppler. Im Oktober 1953 wurde er – inzwischen Vorsitzender der Berliner CDU – Bundesminister für besondere Aufgaben im zweiten Kabinett Adenauer und nach dem allzufrühen Tode von Hermann Ehlers übernahm Robert Tillmanns den Vorsitz im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU.

Aus christlicher Verantwortung zu praktischer Mitarbeit

Kai-Uwe von Hassel

Anläßlich der am 10. Oktober in Hannover stattgefundenen Verleihung des Hermann-Ehlers-Preises 1975 an Bischof D. Dr. Hermann Kunst sowie der Verleihung des Hermann-Ehlers-Förderpreises an Dr. Gerd Langguth, sprach der Vorsitzende der Hermann-Ehlers-Stiftung und stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Kai-Uwe von Hassel MdB. Er führte u. a. aus:

Die erstmalige Verleihung des Hermann-Ehlers Preises ist ein Ereignis besonderer Bedeutung. Sie erfolgt zum Gedächtnis ihres Namensgebers und zugleich als Anerkennung einer Lebensleistung, die dem Wollen und dem Handeln dessen entspricht, dem das Gedenken dieses Preises gilt. An seiner ersten Verleihung wird sich einerseits Haltung und Leistung der vergebenden Stiftung immer wieder messen lassen müssen, andererseits setzt der erste Träger einen Maßstab, dem die in der Zukunft Auszuzeichnenden entsprechen müssen.

Hermann Ehlers, dessen Name unsere Stiftung und der heute erstmalig von ihr vergebene Preis tragen, lebt in unserem Bewußtsein als der Mann, der unserer Generation in vielem Vorbild war und der es gleichermaßen der nachfolgenden sein kann. Es ist zwar nicht meine Aufgabe, heute ein Bild von Hermann Ehlers zu zeichnen, doch einige erinnernde Bemerkungen werden Sie mir gestatten.

Hermann Ehlers war die erste starke Persönlichkeit aus dem Raum der evangelischen Kirche in Deutschland, die sich der mühevollen Arbeit unterzog, in einer neuen Staatsordnung aus christlicher Verantwortung zu praktischer Mitarbeit und wesentlicher Gestaltung als Politiker zu kommen. Daß er dabei manche Vorstellungen, in die er nach Herkommen und Erziehung hineingewachsen war, überwinden mußte, läßt seine Leistung um so aner kennenswerter erscheinen. Er tat das — wie sein Nachfolger im Amt, Eugen Gerstenmaier — in einer doppelten Frontstellung: zum

einen gegen den allgemeinen Säkularismus, zum anderen im Blick auf die in der evangelischen Kirche weithin herrschende Ablehnung, zumindest Abstinenz gegenüber der Politik, ja teilweise gegenüber dem Staat, wie er sich darstellte. Hermann Ehlers hat das mit Mut und Klarheit getan und hat dadurch — wiederum wie Gerstenmaier — die Christlich Demokratische Union in besonderer Weise geprägt. Wir wissen heute, was diese geistige und doch auch geistliche Leistung für uns bedeutet. Daß an ihr auch in Zukunft weiter gearbeitet wird und so der feste Boden für eine freiheitlich rechtsstaatliche Ordnung in Deutschland erhalten bleibt, ist eine der vornehmsten Aufgaben unserer Stiftung.

Hermann Ehlers bemühte sich um ein rechtes Zueinander von Staat und Kirche, das allerdings nicht nur in einem partnerschaftlichen Miteinander zur Hilfe für den Menschen bestehen konnte, wie es ein bekanntes Parteiprogramm einer großen Partei sieht, das aber auch nicht, wie Karl Barth meinte, im Wesen zweier konzentrischer Kreise um Christus als Mittelpunkt auszudrücken sei, von denen der innere den kirchlichen Bereich, der äußere den politischen abdecke, aber zugleich blind für den inneren sei. Bei dem Bemühen um ein rechtes Zueinander fand Ehlers Helfer.

Es genügt hier, nur einige Namen zu nennen, mit dankbarer Erinnerung zugleich an das, was die Genannten auch für die Hermann-Ehlers-Stiftung bedeuten.

Aus dem politischen Bereich Ludwig Erhard und Robert Tillmanns und aus dem kirchlichen Bereich die Bischöfe Dibelius, Jacobi, Lilje, Hertrich, die Professoren Künneth, Thielicke und Gloege, vor allem aber unsere Preisträger, vor allem Bischof Dr. Hermann Kunst.

Hochverehrter Herr Bischof, als Vorstand und Kuratorium unserer Stiftung berieten, wer als erster gebeten werden könnte, dies Zeichen der Verehrung, der Anerkennung und des Dankes entgegenzunehmen, da wurde Ihr Name genannt.

Es wurde einmütig beschlossen, Sie zu bitten, den Hermann-Ehlers-Preis als erster Träger anzunehmen.

Bei diesem Entschluß bewegt uns die Tatsache, daß Sie, wie kaum ein anderer, unter den jetzt noch im öffentlichen Leben gestaltend Tätigen, mit Hermann Ehlers verbunden und ein weithin sichtbarer Vertreter jenes Wirkens sind, der seine Arbeit ganz aus seinem Glauben tat. So war es schon für Sie selbstverständlich, daß Sie sich — vor mehr als zwanzig Jahren — an der Gründung der Hermann-Ehlers-Gesellschaft beteiligten und ihr wesentliche Impulse gaben. Sie haben auch die Arbeit unserer Stiftung, die um wesentliche Aufgaben erweitert, die Arbeit der Gesellschaft fortsetzt, aufmerksam verfolgt und gefördert.

Die Akademien der Hermann Ehlers Stiftung sind keine evangelischen Akademien. Aber dennoch bemühen sie sich bei ihren vielfältigen Veranstaltungen, in denen sie Stellung nehmen zu den drängenden Fragen der Zeit und der täglichen Aufgabenbewältigung, das auch aus der Verpflichtung zu tun, die Sie damals so umschrieben: „Stätten zu fördern, in denen nicht nur Wissen vermittelt und Können gefördert werden soll, sondern in denen die gestaltenden und prägenden Kräfte des christlichen Glaubens Männer und Frauen rüsten und uns allen die Ermutigung und das Handwerkszeug für unsere öffentliche Verantwortung geben sollen!“

Sie haben sich — ebenso wenig wie Hermann Ehlers — dabei gescheut, auch von der nationalen Verantwortung zu sprechen, Sie taten das wie jene Männer, die damals in der evangelischen Kirche in Deutschland in besonderer Weise Verantwortung trugen — Bischof Wurm, Dibelius, Lilje und Hertrich. Sie haben zu einer Zeit davon gesprochen, daß auch ein deutsches Nationalgefühl notwendig und selbstverständlich sei, als das noch keineswegs nützlich oder gar zweckmäßig schien. Daß aber die Erinnerung daran, daß kein

Volk, auch nicht das deutsche, ohne die Bindung an seine Geschichte leben könne, gerade von kirchlicher Seite her erfolgte, hätte eigentlich jenen unnützen Aufstand und die verspätete Erinnerung an nebulöse Weltverbesserungsideen, wie wir sie in den späten 60er Jahren erlebten, überflüssig machen sollen.

In dieser Erinnerung zeigt es sich, wie berechtigt die Warnung war, die Professor Gerhard Gloege schon 1955 in seinem Vortrag vor

dem 2. evangelischen Akademikertag ausgesprochen hatte. „Wo das Nationalgefühl der Deutschen völlig schwieg, da schiene mir ein Warnungszeichen dafür aufgerichtet zu sein, daß mit nationaler Indifferenz eine ganze Schicht sozialethischer Wertsetzungen und Verhaltensweisen dahinstürben und damit ein Stück Menschlichkeit überhaupt.“

Sie haben mit der Bekundung zum nationalen Bewußtsein ebenso wie Hermann Ehlers oder Konrad Adenauer in jener frühen Zeit eine Voraussetzung erfüllt, die Bischof Lilje vor der Hermann-Ehlers-Gesellschaft so umschrieben hat: „Wer nicht den Mut hat, auf Zeit oder auch auf lange Zeit eine Minderheit zu sein, wird niemals den Rang eines echten Staatsmannes erreichen.“ Lilje hat das Bedürfnis, nach ständiger Bestätigung von anderer Seite als allein vom eigenen Ge-

wissen her als die komplementäre Erscheinung zum Opportunismus gezeichnet.

Wir können in dieser kurzen Feierstunde nicht die Fülle der von Ihnen in Angriff genommenen und durchgeführten Aufgaben würdigen und ehren; es sind derer einfach zu viele. Uns liegt daran, Ihnen zu sagen, wie sehr wir vor der Öffentlichkeit Ihr Wirken bekunden möchten für uns, für Ihre – für meine – Kirche, für die Ökumene, für den anderen Teil Deutschlands und seine Menschen, für unseren Staat, für seine Bundeswehr, deren Militärbischof Sie waren. Uns liegt daran, Ihnen zu danken, Ihnen, dem Wegbegleiter von Hermann Ehlers, dem Zeugen und Mahner, der uns immer wieder zu sagen vermag, wozu uns dieser Name verpflichtet, und Sie zu bitten, uns weiter ratend und fördernd zu begleiten.

In eigener Sache

Die Ausstrahlungskraft des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wird weitgehend mitbestimmt durch das Engagement unserer regionalen Arbeitskreise. Diese Arbeit vor Ort bedarf daher einer besonderen Intensivierung, um erfolgreich in den vopolitischen Raum hineinwirken zu können. In vielen Kreisverbänden der Union leisten regionale Evangelische Arbeitskreise gute Arbeit. Dabei will der EAK evangelischen Christen helfen, Wege zur politischen Orientierung und zur Erfüllung ihrer politischen Verantwortung in der Welt zu finden und darüber hinaus das Grundsatzgespräch mit den Evangelischen Kirchen und ihren Einrichtungen über gemeinsame politische Verantwortung zu wichtigen Fragen der Zeit führen.

Wir alle wissen, daß diese Aufgabenstellung nur durch erhöhten Einsatz von uns allen Realisierbarkeit besitzt. Daher bitten wir unsere Leser und insbesondere auch die Vorstandsmitglieder örtlicher Arbeitskreise, der Redaktion der Evangelischen Verantwortung für die Berichterstattung über Einzelaktivitäten entsprechende Unterlagen zuzusenden. Die Evangelische Verantwortung will in ihrer Rubrik „Aus unserer Arbeit“ Umschlagplatz für Ideen und Informationen sein. Daneben sollte auch die Gründung neuer Arbeitskreise in einer Reihe von Fällen ernsthaft geprüft werden. Wenn die hierfür geeigneten Mitarbeiter zur Verfügung stehen und eine Gründungsnotwendigkeit vorliegt, sollte man in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kreisparteien umgehend mit der Arbeit beginnen.

Die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 53 Bonn, Oberer Lindweg 2 (Telefon [02221] 54 43 06) ist gerne bereit, Sie in Fragen der Planung und Durchführung zu unterstützen.

Buch- besprechungen

Hermann Kunst, Roman Herzog, Wilhelm Schneemelcher: Evangelisches Staatslexikon, Kreuz-Verlag, Stuttgart.

Die 2. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage des Evangelischen Staatslexikons liegt nunmehr vor. Sie hält, was man aufgrund der 1. Auflage annehmen konnte: Ein ausgezeichnetes Sammelwerk, welches weit über das hinausgeht, was man gemeinhin unter einem Lexikon versteht. Die Bearbeitung wichtiger Themenkreise durch bekannte Experten liefert einen reichhaltigen Fundus für praktische und wissenschaftliche Themenstellungen zugleich.

Den Herausgebern gelang es gleichzeitig, die erforderliche Bandbreite der Themenkreise zu erreichen. So arbeiteten 300 Mitarbeiter an diesem Werke, das zuverlässig und schnell über Grundfragen aus Staat, Kirche, Gesellschaft, Recht und Wirtschaft informiert. Mehr als 60 neue Stichworte wurden ergänzt und mehr als 90 Artikel neu verfaßt. Wer in den vielfältigen Bereichen des Staates, der Kirchen und Parteien arbeitet oder im Bildungsbereich engagiert ist, wird auf dieses wissenschaftliche Nachschlagewerk nur ungern verzichten.

Gerd Langguth: Schulkampf als Klassenkampf — Protestbewegung und Schülerbewegung in der Bundesrepublik. NBV — Neue Verlagsgesellschaft Weege, Bonn 1975, 168 Seiten, 9,80 DM.

Ziel des vorliegenden Büchleins „Schulkampf als Klassenkampf“ ist es in erster Linie, Licht zu bringen in das Dunkel der verwirrenden Vielfalt links-extremer Schülergruppierungen, die an den Schulen der Bundesrepublik — wenn auch in unterschiedlicher regionaler Gewichtung — aktiv sind. Damit

wird erstmals seit fünf Jahren der Versuch unternommen, Herkunft und politische Zielsetzung der einzelnen Gruppierungen einer genaueren Analyse zu unterziehen, wobei Namens- und Gruppenregister eine wertvolle zusätzliche Hilfe darstellen.

Deutlich wird hierbei der enge Zusammenhang zwischen der Schülerrebellion und der studentischen Protestbewegung herausgearbeitet, da die Schülerrebellion nicht isoliert gesehen werden kann. Vor allem die ausführliche Darstellung des Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) gibt doch einen deutlichen Ausschnitt der geistigen Situation der jungen Generation in den Jahren 1967 bis 1970.

Ursula Foertsch: Nächstenliebe war ihr Werk. Bedeutende Frauen in der sozialen Arbeit. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Hans Achinger. Quellverlag Stuttgart, 1975, 184 Seiten, 18 DM.

Zehn Lebensgeschichten bedeutender Frauen. Beispielhaft für Frauen und Männer. Aus Nächstenliebe und sozialer Verantwortung haben diese Frauen Pionierleistungen vollbracht. In allen Lebensgeschichten von Mathilda Wrede bis Elly Heuss-Knapp, von Elsa Brandström bis Gertrud Kurz kommt zum Ausdruck, wie sich der Realitätssinn in der Liebe gerade in kritischen Situationen bewährt. Auszüge aus Tagebüchern und Briefen, verbunden mit Mitteilungen der nächsten Mitarbeiter und Freunde, geben den Biographien authentisches Gewicht. Ihre Lebendigkeit spricht an. Ein Geschichtsbuch aus Diakonie und Sozialarbeit in Lebensgeschichten bedeutender Frauen, bekannten und unbekannten aus ganz Europa.

Ulrich Beer: Erziehen mit Autorität. Ca. 160 Seiten, Paperback, 14,80 DM. Reihe: Jugend, Bildung, Erziehung. Katzmann-Verlag KG, Tübingen, 1975.

Die Forderung nach einer antiautoritären Erziehung hat viele Eltern und Erzieher ratlos gemacht. Manche haben es mit der neuen Freiheit versucht und erlebten, wie sie von der Jugend mißbraucht wurde. Andere reagierten mit dem Ruf nach mehr Autorität und meinten eine Erziehung der festeren Hand. Am Ende eines fruchtlosen Streits steht

heute die Frage: Ist Erziehung ohne Autorität überhaupt möglich? Kann Jugend ohne sie gesund aufwachsen, reif und mündig werden?

Verblüffend ist, wie Beer in diesem Buch, neue Erkenntnisse mit alten Erfahrungen verbindend, Theorie in Praxis umsetzt und die Praxis für die Theorie auswertet. Deshalb ist die hier aufgezeigte, aus der Dialektik von Freiheit und Ordnung gewonnene Alternative so überzeugend, ist das gründlich gearbeitete Buch so hilfreich für verunsicherte Eltern und Erzieher. Es zeigt ihnen konkret, wie sich Autorität in Freiheit verwirklichen läßt. Und es gibt ihnen Sicherheit, indem es deutlich sagt, was Kinder brauchen.

Manfred Neun: Problem Angst. Wie können wir sie überwinden? Quellverlag Stuttgart, 1975, 88 Seiten, 9,80 DM.

Der Abteilungsleiter, die Psychagogin, die Sozialarbeiterin, der Arzt und der Theologe legen aus ihrer Praxis und Alltag gewonnene Erfahrungen und Gedanken zum Problem Angst dar. Konkrete Lebenshilfe ist das Ziel dieser Neuerscheinung.

Sozialwissenschaftliches Institut der evangelischen Kirchen in Deutschland, Kurt Kaiser: Arbeitslosigkeit: Ursachen — Fakten — Probleme, 45 Seiten, 2 DM.

Die neueste Folge des SWI-Materialdienstes geht dem vielfältigen Problemkreis der Arbeitslosigkeit nach. Die Schrift baut systematisch auf und ist bemüht, neben den Möglichkeiten der Sozialen Sicherung auch Wege zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit darzustellen. Es handelt sich bei dieser Publikation um eine u. E. ausgewogene Darstellung, die auch kirchliche Stellungnahmen in ihre Überlegungen miteinbezieht.

Kurt Naumann: Kraftwerk 2000 — Ein energiepolitisches Forum. 212 Seiten, 19,80 DM, Seewald Verlag.

In diesem Buch diskutieren Vertreter der Verbände für Natur- und Umweltschutz mit Bundes- und Landesministern, Nobelpreisträgern, Physikern, Ärzten, Biologen und Ingenieuren über Fragen gegenwärtiger und künftiger Energieversorgung. Es werden kontroverse Standpunkte zu Fragen behandelt

Allen Lesern der „Evangelischen Verantwortung“

wünschen wir

eine gesegnete Weihnacht und ein glückliches neues Jahr

wie: Gehen die fossilen Brennstoffe zu Ende? Gibt es eine Energielücke, die zunächst nur durch Kernenergie zu schließen ist? Geraten wir mit der Kernenergie von einer Energieabhängigkeit in die andere? Sind Kernreaktoren mit ihren Umweltrisiken eine zumutbare Zwischenlösung bis zur Realisierung der Kernfusion? Bedeuten Kernkraftwerke mit ihren Uranvorräten nicht nur im Kriege, sondern bereits im Frieden in einer durch Terror- und Sabotageakte gefährdeten Gesellschaft nicht ein unzumutbares Risiko für ganze Völker?

Fazit: Wir leben gefährlich in einer mit Risiko belasteten Industriegesellschaft. Soziale Sicherheit und Wohlstand verlangen einen hohen Preis. Ob aber dieser Preis zu hoch und zukünftigen Generationen gegenüber vertretbar ist, muß der Bürger mitentscheiden. Hierzu muß er rechtzeitig und umfassend informiert werden. Das geschieht in vorbildlicher Weise in diesem Buch.

„Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949“. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands. Herausgeber: Konrad-Adenauer-Stiftung. Vorwort: Helmut Kohl und Bruno Heck. Einleitung und Bearbeitung: Helmuth Pütz. Bonn 1975, 882 Seiten, 29,80 DM, Eichholz-Verlag, Bonn, Argelanderstraße 173.

Hier werden zum Geburtstag Konrad Adenauers, der sich am 5. Januar 1976 zum 100. Male jährt, erstmals Dokumente vorgelegt, die zur Erhellung der Rolle Konrad Adenauers in der CDU der britischen Besatzungszone von 1946 bis 1949 beitragen sollen. Die Dokumentation (Wiedergabe von 26 originalgetreuen Dokumenten), die Einführung und Erläuterung der Sitzungsprotokolle des Zonenausschusses der CDU „ist ein weiterer kleiner Schritt auf dem Feld der Adenauer-Forschung“, schreiben Helmut Kohl und Bruno Heck in ihrem gemeinsamen Vorwort. „Weitere Schritte

müssen folgen. Es ist notwendig, das Adenauer-Bild von den Quellen, den Dokumenten her weiter zu konkretisieren, sowohl was seine Bedeutung in der CDU der britischen Besatzungszone war, als auch welche Rolle er in der weiteren Entwicklung der CDU und in der Politik insgesamt spielte.“

Buchinformationen — Neuerscheinungsdienst der Vereinigung Evangelischer Buchhändler I/75.

„Buchinformationen“ kann kostenlos über jede Buchhandlung bezogen werden.

Mit diesem Informationsdienst wird künftig mindestens viermal jährlich über das breite Angebot christlicher und dabei vorwiegend evangelischer Neuerscheinungen unterrichtet. Jedes Heft enthält rund 150 Titel in systematischer Ordnung. Die bibliographischen Angaben werden durch kurze sachliche Informationstexte ergänzt.

Kurz notiert

Bischof Petersen: Kirche muß sich auch der Politiker annehmen

Nach Ansicht des Bischofs für Schleswig, Alfred Petersen, muß sich die Kirche auch der Politiker annehmen. Auf der Schlußkundgebung des Evangelischen Bundes, in Flensburg bezeichnete Petersen es kürzlich als Aufgabe der Kirche, „für die Verantwortlichen im Staat vor Gott in der Fürbitte zu stehen“. Die Kirche dürfe diesen Männern und Frauen ihre Seelsorge nicht vorenthalten.

Petersen tat diese Äußerungen offensichtlich unter Bezug auf eine Podiumsdiskussion, an der er eine Woche zuvor anlässlich des Männer-

sonntags teilgenommen hatte. In dieser Diskussion hatte Schleswig-Holsteins Justizminister Dr. Henning Schwarz, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein, Klage darüber geführt, daß sich Politiker häufig von ihrer Kirche alleingelassen fühlen müßten. Petersen erklärte jetzt dazu, die Kirche müsse wissen, daß ihre Botschaft auch eine politische Dimension habe. Die Kirche dürfe nicht ins Politisieren verfallen, aber das Wohl des Staates dürfe ihr nicht gleichgültig sein.

Zu der Frage „Welcher Kirche trauen wir?“, meinte der Bischof, er traue einer Kirche, „die getragen von der Verheißung des Herrn von ihm ihre Aufträge erfährt.“ Das bewahre die Kirche vor jener hektischen Betriebsamkeit, in die sie stellenweise

verfallen sei und unter der die eigentliche kirchliche Arbeit leide. Er traue auch einer Kirche, „die in Erfüllung ihres Sendungsauftrages missionarisch tätig ist über den ganzen Erdkreis“ und „die ihre Diakonie als eine Lebensäußerung ansieht, ohne die sie sterbende Kirche wird“. Die Kirche mache sich schuldig, wenn sie der Welt die Liebe schuldig bleibe, von der sie selbst lebe, sagte Petersen. Sie lebe nicht vom Echo in der Bevölkerung, auch nicht von der geschickten Politik ihrer Kirchenführer und auch nicht vom Beifall in der Welt. Die Kirche lebe allein von der Verheißung des Herrn und könne den Beifall und die Mißfallenskundgebungen der Welt mit großer Gelassenheit über sich ergehen lassen.

Haben Sie Anregungen und Vorschläge für die inhaltliche Gestaltung der Evangelischen Verantwortung?

Wenn ja, dann schreiben Sie uns — kritisch und offen — damit die nächste EV noch besser wird.

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdB; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdB; Dr. Walter Strauß. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, 53 Bonn, Oberer Lindweg 2, Ruf (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Unions-Betriebs-GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, 4 Düsseldorf, Erkrather Straße 206. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.